Griechenland

HEINZ-JÜRGEN AXT

Das letzte Jahr war für Griechenland in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Erstens haben auch zwei Wahlen nichts an der Tatsache ändern können, daß das Land faktisch seit dem Herbst 1988 nicht mehr regiert wird. Bis Mitte 1989 siechte die Regierung Papandreou dahin, um nach den Juni-Wahlen von einer konservativ-kommunistischen Regierungskoalition abgelöst zu werden. Die dringend erforderlichen Entscheidungen vor allem in der Wirtschaftspolitik konnte aber auch diese Regierung nicht treffen. Damit ist der zweite Problemkomplex angesprochen: In der EG fällt Griechenland wirtschaftlich immer weiter zurück. Die griechische Wirtschaft stagniert. Die Perspektiven Griechenlands für den EG-Binnenmarkt verdunkeln sich, je länger energische Schritte zur wirtschaftlichen Gesundung auf sich warten lassen. Wenig gibt es im zehnten Jahr nach der Unterzeichnung des EG-Beitrittsvertrags zur EG- und Außenpolitik des Landes zu berichten, weil Griechenland wegen seiner vielen Probleme in starkem Maße "introvertiert" war.

Griechenland im Dauerwahlkampf

1989 durften die Griechen gleich zweimal, am 18. Juni und am 5. November, wählen[1]. Trotz der Skandale und nicht eingehaltener Wahlversprechen stimmten im November noch immer 40% aller Wähler für die PASOK. Das war die eigentliche Überraschung der Wahlen. 1990 wurden die Griechen zum dritten Mal an die Wahlurnen gerufen, weil die nach den Novemberwahlen gebildete Allparteienregierung zerbrochen war[2]. Bei den vorgezogenen Wahlen vom 18. Juni war die PASOK mit 39,10% die Verliererin[3]. Doch der Neuen Demokratie reichten die 44,37% auch nicht. Schließlich kam es zu einer Rechts-Links-Regierung unter dem konservativen Abgeordneten Tzannis Tzannetakis. Der Auftrag an die neue Regierung war von vornherein begrenzt: Neuwahlen sollten vorbereitet, und die für die Skandale Verantwortlichen der gerichtlichen Verantwortung zugeführt werden. Das für griechische Verhältnisse sensationelle Experiment einer konservativ-kommunistischen Zusammenarbeit glückte: Premierminister Papandreou und fünf seiner Minister werden sich vor Gericht verantworten müssen. Anklagepunkte sind die Affäre um die Bank von Kreta, die über Schweizer Konten gelaufenen Bestechungsgelder, der Betrug zu Lasten der EG beim Verkauf von Mais an Jugoslawien, die langwährende Telefonüberwachung, der überteuerte Kauf von Militärflugzeugen und die illegale Begleichung der Unkosten

für Papandreous wechselnde Domizile mit seiner Geliebten und heutigen Ehefrau Dimitra Liani durch den Besitzer eines Athener Luxushotels.

Tabelle 1: Nationale Parlamentswahlen vom 18. Juni und 5. November sowie Europawahl vom 18. Juni 1989[4]

	nationale Wahlen 18. Juni		5. November		Europawahl 18. Juni	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
Neue Demokratie	44,25	145	46,19	148	40,39	10
PASOK	39,15	125	40,67	128	36,13	9
Linksbündnis[a)]	13,12	28	10,97	21	14,33	4
Ökologen	–	–	0,58	1	–	–
Unabhängige	0,59	1[b)]	0,72	2[c)]		
Sonstige	2,89	1[d)]	0,87	–	1,37	1[d)]
Gesamt	100,00	300	100,00	300	100,00	24

a) Synaspismos (Allianz aus Kommunisten und unabhängigen Linksgruppen)
b) Ein Vertreter der muslimischen Minderheit in Rhodopen
c) Ein Vertreter der muslimischen Minderheit in Rhodopen und der ehemalige Wirtschaftsminister Lazaris als unabhängiger Abgeordneter von Lefkada
d) Je ein Abgeordneter der DIANA (Demokratischen Erneuerung, Abspaltung von der Neuen Demokratie); trat zur Wahl im November nicht an

Die Tzannetakis-Regierung war ein Meilenstein. Zum ersten Mal nach 1974 wurde in Griechenland mit Erfolg eine Koalitionsregierung gebildet – und dies auch noch von so ungleichen Partnern wie Konservativen und Kommunisten. Ministerpräsident Tzannetakis hatte in seiner Regierungserklärung besonderen Wert auf die Notwendigkeit der nationalen Versöhnung gelegt[5]. Die scharfe Links-Rechts-Polarisierung wurde abgebaut. In den Reihen der Kommunisten hat diese Entwicklung freilich nicht nur Zuspruch gefunden[6]. Die Koalition hat sich bei den November-Wahlen nur für die Konservativen, nicht aber für die Kommunisten ausgezahlt. Sie verloren jeden sechsten Wähler. Die Nominierung des 85-jährigen Finanzfachmanns Xenofon Zolotas zum Ministerpräsidenten nach den Novemberwahlen war zwar Programm: Den Wirtschaftsproblemen sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden[7]. Mit einem Übergangskabinett aus drei verschiedenen Parteien, die lediglich nach den besten Ausgangsbedingungen für die kommenden Wahlen suchten, war das aber nicht zu erreichen.

Zeitgleich mit der nationalen Wahl fand am 18. Juni die Europawahl statt. Die Ergebnisse entsprachen dem Trend der nationalen Wahl. Die Neue Demo-

kratie wurde mit 40,39% (1984: 38,1%) stärkste Partei und konnte der PASOK einen Sitz im Europäischen Parlament abnehmen. Die PASOK fiel um mehr als 5% auf 36,13% zurück (1984: 41,6). Die Linksallianz hielt mit 14,33% sowohl ihren Stimmenanteil von 1984 (14,8%) als auch ihre 4 Mandate. Die rechtsextreme Nationale Politische Union (EPEN) verlor ihren Sitz, während die konservative Splitterpartei DIANA einen Sitz gewinnen konnte. Die Europawahlen standen deutlich im Schatten der nationalen Wahl[8].

Außenpolitik: Fehlanzeige

Wie in der Wirtschaftspolitik wirkte sich die politische Agonie auch auf die Außenpolitik aus. Der Außenminister des Tzannetakis-Kabinetts mußte denn auch seine Arbeit aufnehmen, ohne von seinem Vorgänger eingeführt zu werden. Die Akten zu wichtigen Verhandlungen wie den über die US-Militäreinrichtungen und mit der Türkei waren im Außenministerium nicht vorfindbar[9]. Der in Davos Anfang 1988 eingeleitete Dialog mit der Türkei verlor immer mehr an Dynamik[10]. Ab Mitte 1989 belastete zusätzlich das Minderheitenproblem in Westthrakien das griechisch-türkische Verhältnis. Massiv unterstützt von türkischen Medien traten in den Wahlkämpfen Vertreter der muslimischen Minderheit auf, die eine Beendigung der Diskriminierung durch griechische Behörden verlangten. Die griechische Öffentlichkeit konnte darin nur das Wirken einer "fünften Kolonne" der Türkei sehen[11]. Mit den USA konnte man sich 1989 nicht mehr über den Abschluß eines neuen Abkommens für die Militärstützpunkte einigen. Die Regierung Papandreou scheute den Abschluß eines Vertrags, um keine Wähler zu verlieren, und die Koalitionskabinette waren ab Juni in dieser Frage entscheidungsunfähig, weil die Linksunion sich gegen den Verbleib der Basen ausspricht.

Durchaus symptomatisch für den mittlerweile durchgängigen Verzicht auf Außenseiterpositionen Griechenlands in der EPZ war die Tatsache, daß Griechenland Ende 1988 den in Algier ausgerufenen Palästinenserstaat so wie die übrigen EPZ-Partner nicht anerkannt hat[12]. Auch ein kurzfristig anberaumter Besuch Arafats in Athen im Januar 1989 hat daran nichts geändert. Papandreou erklärte nach der Unterredung, Griechenland werde nicht anders als die EG-Partner entscheiden[13]. Athen beschwerte sich allerdings darüber, daß die "Großen Vier" in der EG, Großbritannien, die Bundesrepublik, Frankreich und Italien, regelmäßig über das Zypernproblem konsultieren, ohne andere EG-Länder und vor allem Griechenland einzuschalten[14].

Was die politischen Aspekte der deutschen Vereinigung angeht, hat Griechenland damit keine Probleme. Weniger als andere EG-Länder befaßt sich Griechenland mit der Vereinigung Deutschlands, den politischen Entwicklungen in Osteuropa und ihren Folgen. Grenzfragen erregen in Hellas nicht die Öffentlichkeit. Umso mehr wird die Befürchtung geäußert, daß die Annäherung der ost- und südosteuropäischen Länder an die EG zu einer wirtschaftlichen Vernachlässigung

Südeuropas führen könnte. Die Sorge richtet sich darauf, daß erstens die Unterstützungsprogramme der EG nicht weiter ausgebaut werden, daß sich zweitens private Direktinvestitionen von Südeuropa ab- und Osteuropa zuwenden und daß drittens südeuropäische Produkte durch die osteuropäische Konkurrenz vom EG-Markt verdrängt werden könnten.

Griechenland auf dem Weg zum "Schlußlicht der EG"

Die Wahlkämpfe des Jahres 1989 waren "politische Schlammschlachten"[15]. Lediglich ein Aspekt ist längerfristig von politischer Bedeutung: Nach der PASOK nahmen auch die griechischen Kommunisten von ihrer grundsätzlichen Ablehnung der EG Abschied. Zu den Wahlen traten die Kommunisten gemeinsam mit anderen Linkskräften in dem Bündnis "Synaspismos" (Allianz) mit einem Programm an, in dem an keiner Stelle die EG grundsätzlich in Frage gestellt wird[16]. Diese Neuorientierung ist nur als Ergebnis eines generellen Stimmungsumschwungs in Griechenland zugunsten der Gemeinschaft in den letzten Jahren zu begreifen. Verbunden mit der pro-europäischen Haltung ist auch die Adaption des Wirtschaftsprogramms der Linken. Der traditionelle Staatsinterventionismus wird als kontraproduktiv abgelehnt und die Entfaltung des Privatsektors gefordert. Daß der öffentliche Sektor in Griechenland weitgehend parasitär ist,

Tabelle 2: Wirtschaftsindikatoren zum Vergleich von Griechenland und Portugal 1986–1990[19]

	1986	1987	1988	1989	1990
1. BIP pro Kopf zu lfd. Preisen und Kaufkraftstandards (EG-Durchschnitt = 100)					
Griechenland	38,4	56,3	56,0	54,0	53,6
Portugal	37,3	54,2	52,8	54,5	55,4
2. Bruttoanlageinvestitionen zu konstanten Preisen (prozentuale jährliche Veränderung)					
Griechenland	-5,7	-3,2	9,0	6,5	6,5
Portugal	9,5	19,5	15,8	11,5	10
3. Reallohn je Beschäftigtem (prozentuale jährliche Veränderung)					
Griechenland	-7,2	-3,4	4,0	5,5	1
Portugal	6,0	3,1	0,9	-0,75	1,5

wird eingestanden, ohne allerdings die Forderung nach Privatisierung zu erheben. Hier stehen Arbeitsplätze und damit Wähler auf dem Spiel[17].

Griechenland ist dabei, das wirtschaftliche Schlußlicht in der Gemeinschaft zu werden. Im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist Griechenland bereits 1989 von Portugal überholt worden. Die Wirkungen des Stabilitätsprogramms von 1985/86 sind in Griechenland mittlerweile verpufft. Die Löhne steigen seit 1988 wieder z. T. kräftig an. In Portugal ist dagegen seit dem Beitritt zur EG eher eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Und beim Wachstum der Investitionen bleibt Griechenland in den letzten Jahren stets hinter Portugal zurück. Die Prognose für 1990 ist entsprechend: Für Portugal rechnet die EG-Kommission mit einem Wirtschaftswachstum von 4,6%, Griechenland wird sich dagegen mit 2,3% begnügen müssen[18].

Die wirtschaftlichen Probleme werden in Griechenland immer drückender. Durchgreifende Strukturmaßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft gerade auch im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarkts stehen noch immer aus[20]. Die außenwirtschaftlichen Ergebnisse – Zunahme der Importe aus den EG-Ländern und stagnierende Exporte – sind das Spiegelbild wenig erfreulicher binnenwirtschaftlicher Entwicklungen: eine Inflationsrate, die mit 14% noch immer den EG-Rekord hält; ein Defizit der öffentlichen Unternehmen, das 150 Mrd. Drachmen (etwa 1,5 Mrd. DM) erreicht; eine Staatsverschuldung, die der Höhe des BIP entspricht; und eine Kreditaufnahme des öffentlichen Sektors, die auf 22% des BIP kommt, was unter den OECD-Ländern ohne Beispiel ist. In bezug auf die Arbeitsproduktivität ist Griechenland mittlerweile hinter Portugal und die Türkei zurückgefallen[21]. Mit 754 verlorenen Arbeitstagen je 1000 Beschäftigten war Griechenland auch das streikfreudigste Land unter 19 Industrieländern[22]. Im letzten Quartal 1989 bewilligte die Regierung Tzannetakis eine Anhebung der Lohneinkommen um 10% – die größte Erhöhung seit 1984. Auch die konservativ geführte Regierung zollte den Wahlen Tribut.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1989 machen ein rigoroses Sparprogramm in Griechenland unabwendbar. Daß, so wie 1986, die EG noch einmal mit einem Zahlungsbilanzkredit einspringen wird, erscheint eher unwahrscheinlich. Damals hatte die EG Griechenland einen Kredit von 1,75 Mrd. ECU gewährt. Bis 1987 hatte Wirtschaftsminister Simitis eine Sparpolitik mit durchaus respektablen Ergebnissen erzielt. Die Inflation, das Leistungsbilanzdefizit und auch das öffentliche Defizit gingen zurück, die Privatinvestitionen nahmen zu. Das Investitionsklima wurde als positiv eingeschätzt[23]. Weil die Reallöhne erhebliche Einbußen zu verzeichnen hatten, wurde die Sparpolitik 1988 von Papandreou gegen den Willen des Wirtschaftsministers abrupt beendet. Die Wahlen von 1989 verlangten ihren Preis. Dem jetzt von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Griechenland[24] bleibt nunmehr nur der Gang zum Internationalen Währungsfonds, der von Griechenland einen rigorosen Sparkurs verlangen wird. Um diesen

umzusetzen, bedarf es einer Regierung mit einer starken parlamentarischen Mehrheit. Ende 1989 war die keineswegs in Sicht[25].

Griechenland gehörte zu den energischsten Rufern nach den Integrierten Mittelmeerprogrammen und nach einer Verdopplung der EG-Strukturfonds. Jetzt, da Griechenland diese Mittel so dringend benötigt, können die dem Land zustehenden Brüsseler Finanzhilfen nur teilweise abgerufen und zur Strukturverbesserung eingesetzt werden, weil Griechenland die notwendigen Eigenmittel nicht aufbringen kann[26]. Mehrere Entwicklungsprojekte und Mittelmeerprogramme bleiben auf dem Papier stehen[27].

Ausblick: "Peripherie der europäischen Peripherie"?

Die gegenwärtigen Umbrüche in Ost- und Südosteuropa beeinflussen auch Griechenlands künftige Entwicklung. Griechenland hat bislang auf den Ostmärkten Zitrusfrüchte und Industriewaren absetzen können, die wegen ihrer geringeren Qualität auf dem EG-Markt nicht unterzubringen waren. Wenn bei verstärkter Ost-West-Kooperation die Qualitätsansprüche steigen, geraten die griechischen Ostmärkte in Gefahr. Die Sowjetunion jedenfalls hat mit der Einstellung griechischer Zitrus-Importe bereits gedroht[28]. Es bedarf ernsthafter Anstrengungen – vor allem der Budgetdisziplin und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen –, damit Griechenland nicht zur "Peripherie der europäischen Peripherie" wird. Die von der EG für die Länder Südeuropas zur Verfügung gestellten Mittel dürften im Zuge der verstärkten Kooperation mit den Ländern Ost- und Südosteuropas eher ab- als zunehmen. Mithin schwinden auch die Aussichten, daß bei den Mittelmeerprogrammen der Anteil der Eigenmittel gesenkt werden könnte. Mit dem Minderheitenkonflikt in Westthrakien hat sich schließlich gezeigt, daß Griechenland von einem Ausbrechen ethnischer und nationaler Konflikte auf dem Balkan keineswegs unberührt bleibt.

Anmerkungen

1 Vgl. zum folgenden Axt, Heinz-Jürgen: 2,7 Millionen fanatische Griechen? Oder warum 40% der Wähler noch immer Papandreou bevorzugen, in: Südosteuropa 2 (1990), S. 119–135.

2 Das Parlament hatte sich auch nicht auf einen neuen, im Februar 1990 zur Wahl anstehenden Staatspräsidenten einigen können. Laut Verfassung bedarf der Staatspräsident zu seiner Wahl einer Dreifünftelmehrheit. Weil keiner der Kandidaten diese Mehrheit erzielte, mußte das Parlament aufgelöst werden. Vom neuen Parlament kann der Staatspräsident mit einfacher Mehrheit gewählt werden.

3 Vgl. Laipson, Ellen: Greece: An Assessment of the June 1989 Elections, (CRS Report for Congress), Washington, 17. 6. 1989.

4 Quellen: To Pontiki, 10. 11. 1989, S. 22 f.; Kiriakatiki, 12. 11. 1989, S. 11; Europäische Zeitung, Juli-August 1989, S. 5.

5 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 9. 7. 1989, S. 6.

6 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. 9. 1989, S. 5 und 26. 9. 1989, S. 4; Neue Zürcher Zeitung v. 14. 7. 1989, S. 2.

7 Vgl. The Economist v. 25. 11. 1989, S. 31; Die Welt v. 28. 11. 1989, S. 2; Neue Zürcher

Zeitung v. 23. 11. 1989, S. 3.

8 Lediglich die Aufstellung der Wahllisten erregte größere Aufmerksamkeit: Bei den Sozialisten wurde der ehemalige Geheimdienstchef Kostas Tsimas aufgestellt, was die skandalgeplagten Griechen erregte. Bei der Neuen Demokratie kandidierte dagegen Ioannis Pezmazoglou, der ehemalige Vorsitzende der Partei des demokratischen Sozialismus (KODISO), der zu den energischen Befürwortern des EG-Beitritts seines Landes gehörte. Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 15. 6. 1989, S. 5; Die Welt v. 15. 6. 1989, S. 5.

9 Vgl. Financial Times v. 6. 6. 1989, S. 1 und 16.

10 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen/Kramer, Heinz: Vom Konflikt zur Verständigung in der Ägäis? Die griechisch-türkischen Beziehungen nach Davos, in: Südosteuropa 10 (1989), S. 551–564.

11 Vgl. ebd., S. 71 ff.

12 Vgl. Regelsberger, Elfriede: Die Europäische Politische Zusammenarbeit, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 221–230, hier S. 225 und Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland, in: ebd., S. 324–332, hier S. 329.

13 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 12. 1. 1989, S. 2.

14 Nach einem Bericht des Independent (23. 1. 1989, S. 8) haben die vier Länder regelmäßig in ihren Hauptstädten UNO-Bemühungen zur Beilegung des Zypernkonflikts erörtert. Vertreter der zypriotischen und türkischen Regierung seien einbezogen worden, Griechenland dagegen nicht. Athen zeigte sich insbesondere darüber verärgert, daß seine Bemühungen um eine Zypern-Initiative der Gemeinschaft mit dem Argument zurückgewiesen worden seien, nichts solle die UN-Bemühungen beeinträchtigen.

15 Frankfurter Rundschau v. 12. 6. 1989, S. 3.

16 Vgl. Synaspismos tis Aristeras kai tis Proodou: To Koino Porisma KKE-EAR, o. O. März 1989, S. 14 ff. (deutsch: Koalition der Linken und des Fortschritts: Die gemeinsame Schlußfolgerung KKE-EAR). Vgl. auch den Beitrag des Verfassers zu Griechenland im Jahrbuch 1988/89, S. 326.

17 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 19. 10. 1989, S. 17.

18 Prognose der EG-Kommission vom Herbst 1989, zit. in: Frankfurter Rundschau, 28. 3. 1990, S. 13. Vgl. Krägenau, Henry: Wirtschaftspolitik, in diesem Band.

19 Die prozentuale jährliche Veränderung des Reallohns ist mit dem Deflator des privaten Verbrauchs bereinigt. Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 1988–1990 der EG-Kommission vom 19. 10. 1989, hier nach EG-Magazin 1/2 (1990), S. 59.

20 Vgl. zum folgenden Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland und die Europäische Gemeinschaft. Erfahrungen mit der Mitgliedschaft und Aussichten für 1992, in: Südosteuropa-Mitteilungen 2 (1989), S. 126–138.

21 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 27. 10. 1989, S. 13 f.; 2. 2. 1990, S. 17.

22 Vgl. Volksblatt Berlin 2. 11. 1989, S. 6.

23 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland und die Europäische Gemeinschaft ..., a. a. O., S. 130.

24 Vgl. FAZ v. 2. 1. 1990, S. 10; Frankfurter Rundschau v. 22. 12. 1989, S. 7 und 19. 2. 1990, S. 7.

25 Beispielhaft hierfür die vergeblichen Bemühungen des damaligen Ministerpräsidenten Zolotas, die indirekten Steuern zu erhöhen und weitere Maßnahmen zur Senkung des öffentlichen Defizits durchzusetzen. Alle drei Regierungsparteien, von den Kommunisten über die Sozialisten bis hin zu den Konservativen, verweigerten dem Ministerpräsident die Gefolgschaft. Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 13. 1. 1990, S. 15.

26 Die Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP) sehen zur Finanzierung der Programme einen Gemeinschaftsanteil und einen nationalen Anteil vor. Bei den IMP für Griechenland sind für den Zeitraum 1986–1992 Gesamtausgaben in Höhe von 3.213,391 Mio. ECU vorgesehen, wovon Griechenland 1.062,802 und die Gemeinschaft 1.829,581 Mio. ECU aufzubringen hat. (Die Differenz zum Gesamtbetrag wird durch EIB-Darlehen gedeckt.) Vgl. EG-Kommission: Die Integrierten Mittelmeerprogramme, Stichwort Europa, Mai 1989, S. 7.

27 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 1. 6. 1989, S. 21; 1. 12. 1989, S. 5.

28 Vgl. Eaton, Robert S.: Soviet Relations with Greece and Turkey, hrsg. v. Hellenic Foundation for Defense and Foreign Policy. Athen 1987, S. 38.

Weiterführende Literatur

Axt, Heinz-Jürgen/Kramer, Heinz: Entspannung im Ägäiskonflikt? Griechisch-türkische Beziehungen nach Davos. Baden-Baden 1990.

Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland und die Europäische Gemeinschaft. Erfahrungen mit der Mitgliedschaft und Aussichten für 1992, in: Südosteuropa-Mitteilungen 2 (1989), S. 126–138.

Bossen, Gerd Dieter: Hellas, was nun? Griechenland nach den Neuwahlen vom 5. November 1989, in: KAS-Auslandsinformationen 12 (1989), S. 51–57.

Hellenic Foundation for Defense and Foreign Policy: Yearbook 1988, Athen o. J.

Meinardus, Ronald: 1989: Wahljahr in Griechenland, in: Südosteuropa 1 (1990), S. 52–73.

Papandropoulos, Athanase: Grèce: l'imperatif moral, in: Politique internationale 44 (1989), S. 359–367.

Paschos, P.: Einkommenswirkungen der EG-Agrarpolitik in Griechenland. Income effects of the EEC-agricultural Policy (CAP) in Greece, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Stuttgart), 206 (März 1989) 2, S. 117–127.

Saiu, Michel: Informationsbericht der Fachgruppe Regionale Entwicklung, Raumordnung und Städtebau zum Thema Bilanz und Bewertung der Integrierten Mittelmeeerprogramme (IMP). Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, 1989.